

Inhaltsverzeichnis

Editorial des Stadtparteipräsidenten	2
Bericht aus dem Stadtrat	4
Bericht aus der Gemeinderatsfraktion	7

Parteigremien

Bericht der Geschäftsleitung	11
Bericht des Parteivorstands	15
Bericht der Delegiertenversammlung	17

Bericht der SP Zürich 3	19
--------------------------------	----

Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen

Bericht der Justizkommission	23
Bericht der AG Seniorinnen und Senioren	24
Bericht der Schulpolitischen Kommission	25
Bericht der Juso Stadt Zürich	26
Bericht der Second@s Plus	27
Bericht des Bildungsausschusses	28

Finanzen, Mitgliederzahlen und Abstimmungsergebnisse

Bilanz per 31.12.2006	31
Erfolgsrechnung 2006	32
Kommentar zur Jahresrechnung 2006	33
Mitgliederzahlen 2001 bis 2006	34
Abstimmungsergebnisse 2006/2007	35

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich schreibe diesen Bericht eine Woche vor der eidgenössischen Abstimmung über die Einheitskrankenkasse und einen guten Monat vor den kantonalen Wahlen. Mit anderen Worten, der Optimismus hält sich trotz der aktuellen Meinungsumfrage des Tages-Anzeigers in Grenzen. Bei der Einheitskasse droht zumindest in der Deutschschweiz ein ausgesprochen schlechtes Resultat und bei den kantonalen Wahlen sieht es auch eher nach einem Verlust als nach einem Gewinn aus.

Zur Einheitskasse

Das Erschreckende finde ich nicht die Niederlage, sondern die dumme Art und Weise, wie wir uns in eine Abstimmung stürzten, die zumindest viele von uns gar nicht wollten. Die Berichte in freisinnigen Medien, ich sei gegen die Einheitskasse, stimmen nicht: inhaltlich bin ich kein Gegner – auch wenn ich mir davon kaum eine Lösung der Finanzen im Gesundheitswesen verspreche. Ich fand nur und finde immer noch, dass das Resultat der Volksabstimmung über die SP-Gesundheitsinitiative vor vier Jahren so eindeutig war, dass sich eine Neuauflage nicht aufdrängt, zumal sich bereits vor vier Jahren die Begeisterung der Mitglieder in Grenzen hielt. Wir waren nicht einmal ein Fähnchen der sieben Aufrechten, das sich vor vier Jahren einsetzte und das Vergnügen hatte, meist vor leeren Sälen zu streiten. Jetzt ist es noch schlimmer: Die Einheitskasse war zumindest in der Stadt Zürich kein Thema, kaum jemand ging dafür auf die Strasse, kaum jemand setzte sich dafür ein. Auch nicht von der Basis.

Das Problem bei der Einheitskrankenkasse ist nicht die Niederlage, sondern dass es sehr vielen SP-Mitgliedern ganz einfach

egal ist, wie es herauskommt. Das ist ganz explizit kein Vorwurf an die SP-Mitglieder, sondern an die Leitung, welche die Partei freiwillig in einen Abstimmungskampf nötigte, der genau so herauskam, wie im schlimmsten Falle zu befürchten war. Die Niederlage beim Asylgesetz schadete der SP nicht. Auch wenn hier selbstverständlich nicht alle Mitglieder sich gleich engagierten, gab es wenige, die das Eintreten falsch fanden. Initiativen kann man nur lancieren (die SP tat dies faktisch, indem sie sie kurz vor Sammelabschluss mit ihrem Einsatz rettete), wenn man die eigenen Mitglieder hinter sich hat. Ich hoffe, dass wenigstens diese Lehre gezogen wird.

Im schwierigen Rank

Die kantonalen Wahlen gestalten sich für die SP eher schwierig. Der Genosse Trend hat derzeit, wie etwa die Ergebnisse in Bern und Baselland zeigen, einen grünen Mantel an. Der doppelte Pukelsheim ist zwar eindeutig gerechter als das alte Wahlsystem, trifft aber die SP als grosse Partei besonders und erst noch nach einem Wahlergebnis vor vier Jahren, das schwer zu überbieten ist. Die Ausgangslage beim Regierungsrat ist seit dem Rücktritt von Verena Diener schwierig geworden. Um die beiden SP-RegierungsrätInnen Markus Notter und Regine Aepli muss man nicht ernsthaft kämpfen und dem grünen Kandidaten traut man die Kraft zur Verhinderung des bürgerlichen Viererpakets nicht so richtig zu. Den grünliberalen Martin Bäumle mag man in der SP nicht besonders. Dem sehr realistisch zu erreichenden Ziel neuer Mehrheiten im Kantonsrat fehlt ein bisschen die Attraktivität.

Liebe Genossinnen und Genossen
Die SP, auch in der Stadt Zürich, ist nicht

gerade auf einem Höhenflug. Auch wenn es uns nicht wirklich schlecht geht. Und für den Kanton bin ich einen Monat vor dem Wahltermin im Grundsatz zuversichtlich. Die SP wird voraussichtlich ein paar Sitze im Kantonsrat verlieren, aber dennoch ihre politische Situation verbessern. Der neue Kantonsrat wird sicherlich bürgerlich dominiert sein, aber kaum mehr eine Mehrheit aus FDP und SVP haben. Damit ist für den ganzen Rat – etwas überspitzt ausgedrückt – die Zeit des Nichtdenkens und Nichtdiskutierens (der Verkehrsrichtplan als Paradebeispiel lässt grüssen) vorbei.

Wie viel das praktisch ausmacht, sehe ich immer wieder im Zürcher Gemeinderat. Nicht dass dieser Rat sehr oft mit Ideen glänzt. Aber der Fakt, dass er zu Mehrheiten immer mindestens drei Parteien braucht, hilft enorm. Natürlich ist es mitunter lästig, dass man bei der CVP oder der FDP «höbeln» muss. Aber es tut der Sache gut, es führt nicht nur zu schlechten und faulen Kompromissen, sondern es öffnet auch die eigenen Horizonte.

Die SP hat von der Polarisierung profitiert. Gegen die aggressive SVP den Widerstand am deutlichsten zu markieren, zahlte sich aus. Wir werden das auch weiterhin mitunter tun müssen. Das Einstehen etwa gegen die Verunglimpfung der Muslime, ein Einstehen für die Minderheiten (etwa die Sozialhilfeempfängenden), generell gegen die Angriffe der SVP gehört zu unseren Aufgaben. Aber ich bin überzeugt, dass wir die Polarisierung lieber heute als morgen vergessen müssen. Von der SP erwarten sehr viele konkrete Lösungen. Wir müssen nicht, um beim Gesundheitswesen zu bleiben, zeigen, wie wir idealerweise das Problem lösen möchten, und daraus eine Initia-

tive machen. Wir werden in Zukunft erfolgreicher sein, wenn wir Lösungen präsentieren, die realisierbar sind. Bei den Krankenkassenprämien wäre beispielsweise schon viel gewonnen, wenn der untere Mittelstand entlastet würde. Das braucht Korrekturen und kein neues System. Anders könnte es etwa bei den Waffen aussehen. Da wäre eine Initiative, die den Waffenbesitz zu Hause als Regel verbietet, durchaus am Platz. Weil eben auch chancenreich.

Ich bin überzeugt, dass wir den leichten Gegenwind, den es mitunter einfach gibt, überwinden, wenn wir uns aus der Polarisierung lösen. Wenn wir auf Signale und Leuchttürme weitgehend verzichten und uns auf Aktionen und Massnahmen konzentrieren, vor denen die anderen Respekt bis Angst haben, weil sie an der Urne oder im Parlament durchkommen können. Das bedeutet nicht immer einfach kleine Schritte. Und es bedeutet auch nicht, dass wir auf kaum Gewinnbares wie das Asylreferendum verzichten. Aber wenn wir zur Erkenntnis kommen, dass der alte Wein immer noch der beste ist, sollten wir uns wenigstens um neue Schläuche kümmern.



Koni Loeffe, Präsident SP Stadt Zürich

Bericht aus dem Stadtrat

Von Esther Maurer, Polizeivorsteherin



2006 begann fulminant: Die Wahlen am 12. Februar zeigten, dass die Zürcher Bevölkerung mit der Arbeit des Stadtrats und dessen rot-grüner Mehrheit zufrieden ist. Dieses Vertrauen ist eine klare Verpflichtung, uns weiterhin für das Wohl unserer Stadt einzusetzen – im «kleinen Alltag» wie auch bei den grossen Herausforderungen.

Volksabstimmungen

Weitere Vertrauensbeweise sind auch die positiv ausgegangenen Volksabstimmungen betreffend Einhausung Schwamendingen und dem Leutschenpark. Über 80% der Stimmenden genehmigten knapp 40 Millionen Franken für die Einhausung der Autobahn Schwamendingen. Damit kann eine üble Stadtwunde endlich geheilt werden. Fast 60% der Stimmenden sagten Ja zu einem Kredit von knapp 30 Millionen Franken für den Neubau des Leutschenparks. Der Park ist für den neu entstehenden Stadtteil als Naherholungsmöglichkeit, Treffpunkt und Identitätsmerkmal wichtig.

Legislatorschwerpunkte

Zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik ist die mittel- und langfristige Planung. Sofort nach den Wahlen hat der

Stadtrat deshalb fünf Schwerpunkte für die laufende Legislatur festgelegt.

Wir wollen erstens unsere Politik über die Stadtgrenzen hinaus verstärken. Auf allen Ebenen sind Allianzen zu schmieden. Damit löst Elmar Ledergerber auch ein Wahlversprechen ein, hat er doch im Wahlkampf immer wieder betont, dass die Stadt Zürich als wirtschaftlicher Motor der Schweiz und als Zukunftslabor der Gesellschaft auch eine aktive Aussenpolitik braucht. Gleichzeitig kann damit auch die strukturelle Benachteiligung der urbanen Räume in der Schweizer Politik korrigiert werden.

Unsere Stadt befindet sich in einer Wachstumsphase. Ein leichter Bevölkerungszuwachs und der steigende Wohnflächenbedarf pro Kopf führen zu einer Verdichtung der Wohngebiete. Im zweiten Legislaturschwerpunkt hat sich der Stadtrat deshalb verpflichtet, Bauvorhaben und –planungen so anzugehen, dass sie auch im Zürich von Morgen noch bestehen können.

Der Jugend in Zürich ist der dritte Schwerpunkt gewidmet. Für die Jugend sollen Freiräume und berufliche Perspektiven geschaffen werden. Gleichzeitig soll mit geeigneten Massnahmen der leider zunehmenden Jugendgewalt begegnet werden. In diesem Rahmen wird ein spezielles Augenmerk auf jugendliche IntensivtäterInnen gerichtet, aber auch auf gewaltbereite Fussball- und Eishockeyfans. Mittels präventiver und – wo nötig – repressiver Massnahmen soll das Ziel «Sport ohne Gewalt» erreicht werden.

Nachhaltigkeit und Ökologie stehen im Zentrum des vierten Schwerpunkts. Der Energieverbrauch soll in den nächsten Jahren deutlich reduziert werden. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist verpflichtend

und darf nicht einfach ein Schlagwort sein (vgl. dazu den ausführlichen Abschnitt Umwelt- und Energiepolitik).

Und damit Zürich nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Einwohnerinnen und Einwohner attraktiv bleibt, richtet der fünfte Legislatorschwerpunkt den Fokus auf die Entschlackung von Verwaltungsabläufen sowie die Arbeitszufriedenheit der rund 25'000 städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Umsetzung dieser Legislatorschwerpunkte wird mit einer Reihe von Projekten erreicht, die möglichst bis zum Ende der Legislatur abgeschlossen sein sollen.

Gesundheitspolitik

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass eine weltumspannende Grippepandemie unausweichlich ist. Niemand kann allerdings sagen, wann sie ausbrechen wird. Sicher ist nur, dass, wenn sie ausbricht, wir alle davon betroffen sein werden, sei es, weil wir selber oder Angehörige von uns erkranken, sei es durch indirekte Folgen einer Massenerkrankung, die dazu führen kann, dass bis zu 50% aller Berufstätigen für eine gewisse Zeit ausfallen.

Unter der Leitung des Pandemiestabs des Gesundheits- und Umweltschwerpunktes hat die Stadt Zürich im Berichtsjahr in ihrer Funktion als Arbeitgeberin einerseits notwendige Vorkehrungen getroffen, um bei einer allfälligen Grippepandemie die Arbeitnehmenden schützen zu können. Der Pandemiestab hat zudem Richtlinien erstellt, um im Ernstfall die städtischen Betriebe soweit wie notwendig aufrechterhalten zu können. Denn für die Stadtbevölkerung ist vor allem die Funktionsfähigkeit der vitalen

Bereiche des Service Public wie zum Beispiel Infrastruktur- und Grundversorgungsleistungen von äusserst hoher Relevanz.

Umwelt- und Energiepolitik

Eine weitere grosse Herausforderung für die Politik ist die nicht mehr zu leugnende globale Klimaerwärmung und die damit verbundenen Risiken. Die Stadt Zürich hat daher beschlossen, sich in der Legislatur 2006 bis 2010 mit einer langfristig angelegten Umwelt-, Energie- und Klimaschutzpolitik auseinanderzusetzen. Ziel des Legislatorschwerpunktes «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» ist es, den Umfang und die Art des Energie- und Ressourcenverbrauchs so zu gestalten, dass die Verfügbarkeit der Energie und die Qualität der Umwelt auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Im Zentrum stehen dabei ein geringerer und umweltverträglicher Energieverbrauch sowie ein verantwortungsbewusster Umgang mit Ressourcen und geschlossene Stoffkreisläufe. Als Nachhaltigkeitsindikator dient der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person, welcher maximal 2000 Watt betragen und zu 75 % durch erneuerbare Energien abgedeckt werden soll. Zusätzlich wird ein CO₂-Ausstoss von höchstens einer Tonne pro Person und Jahr vorgegeben.

Sicherheit, Verkehr und Lebensqualität

Das grosse Reorganisationsprojekt der Stadtpolizei – Stapo 200X – konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Damit hat das zweitgrösste Polizeikorps der Schweiz moderne, auch auf künftige Herausforderungen ausgerichtete Strukturen erhalten, die einerseits Bürgernähe und Prävention stärken, andererseits aber auch den konsequenten Einsatz im repressiven Bereich erleichtern.

In der Innenstadt fanden gleich mehrere wichtige Erneuerungsarbeiten ihren Abschluss, so die Sanierung der Walche- und der Gessnerbrücke sowie der Umbau des Tessinerplatzes. Aus dem Limmatquai ist mitten im Herzen Zürichs eine neue Flaniermeile entstanden. Zu betonen ist aber, dass Zürich sich dadurch auszeichnet, dass nicht nur die Innenstadt gut unterhalten wird, Lebensqualität in allen Quartieren bleibt ein stets aktuelles Ziel. Als Beispiele für 2006 seien der neue Max-Bill-Platz in Neu-Oerlikon und der umgestaltete Idaplatz in Wiedikon erwähnt.

Eine besondere Herausforderung stellt die EURO 08 dar. Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen für dieses Grossereignis intensiv an die Hand genommen. So wurden nicht nur die vertraglichen Grundlagen mit Bund und Veranstalterin gelegt, sondern auch die schwierigen sicherheits- und verkehrspolitischen Vorbereitungen an die Hand genommen.

Kulturpolitik

Wenig Freude bereitete der Arbeitskonflikt am Schauspielhaus. Elmar Ledergerber hat dazu wiederholt klar Stellung bezogen, so auch im Jahresbericht des Schauspielhauses (Auszug):

«Das Schauspielhaus lebt zu drei Vierteln von den Steuerzahlenden. Diese Subventionen sind in Volksabstimmungen sanktioniert worden. Wer mehr will, der muss letztlich den Souverän überzeugen. Das ist mit einem Streik nicht zu erreichen.»

Schön, dass bei allem Ärger aber auch gilt, dass das Schauspielhaus sehr erfolgreich arbeitet. Der attraktive Spielplan lockt eine steigende Zahl von Zuschauerinnen und Zuschauern an.

Fazit

Der Zürcher Stadtrat ist mehrheitlich rotgrün gefärbt. Das führt sicher dazu, dass auch bei politisch heiklen Geschäften wie zum Beispiel bei der Einführung des neuen Lohnsystems oder beim gemeinnützigen Wohnungsbau Lösungen zustande kommen, die dem sozialdemokratischen Gedanken gut verpflichtet sind. Eine der wichtigsten Qualitäten des Stadtrats liegt aber in der grossen Bereitschaft aller Mitglieder, über die Departementsgrenzen hinaus zusammenzuarbeiten und konsequent nach Lösungen zu suchen.

Bericht aus der Gemeinderatsfraktion

Von Judith Bucher, Fraktionspräsidentin



Auswirkungen der Gemeinderatswahlen 2006

Auf Ende der Amtsperiode 2002-2006 traten folgende SP-Mitglieder aus dem Gemeinderat aus:

Helmut Britz, Anna Brändle, Maja Burri, Vreni Hollenweger, Sepp Köppli, Emil Seliner, Werner Sieg, Sabine Tobler.

Ihnen allen sei an dieser Stelle noch einmal für ihr grosses Engagement für die SP und die Stadt Zürich herzlich gedankt.

Die Gemeinderatswahlen 2006 waren vom neuen Wahlsystem geprägt: Die neuen grösseren Wahlkreise und der doppelte Pukelsheim führten gepaart mit kleineren Stimmanteilverlusten zu fünf schmerzlichen Sitzverlusten für die SP und Sitzgewinnen bei den kleineren Parteien. Ganz knapp nicht gewählt wurden deshalb die folgenden bisherigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte: Andreas Ammann, Kyriakos Papageorgiou und Dorothea Frei.

Auch ihnen ein ganz herzliches Dankeschön für ihre Arbeit!

Folgende Gesichter wurden neu in den Gemeinderat gewählt:

Isabel Bartal, Jris Bischof, Andrew Katumba, Esther Straub, Mirella Wepf, Rebekka Wyler.

Fraktionsvorstand und Parteigremien

Im Berichtsjahr bildeten das Präsidium der Fraktion: Judith Bucher (Präsidentin), Corine Mauch und André Odermatt (Vizepräsidentin/präsident). Weitere Vorstandsmitglieder waren: Emy Lalli (Parteisekretärin), Myrtha Meuli, Beatrice Reimann, Silvia Seitz, Dominique Feuillet, Thomas Marthaler und die Leiterin des Fraktionssekretariats Verena Röllin. Im Parteivorstand wurde die Fraktion durch ihr Präsidium vertreten (2 Stimmen). Delegierte waren: Heinz Boegle, Myrtha Meuli, Joe Manser, Christine Stokar, Min Li Marti.

Personelles

Im laufenden Jahr gab es einige personelle Änderungen: Kurz nach den Wahlen trat Mark Roth aus beruflichen Gründen aus dem Gemeinderat aus. Für ihn rückte Fakir Atalay nach. Yvonne Müller, die sich beruflich veränderte, wurde durch Martin Sarbach ersetzt. Silvia Seitz wechselte in den Kantonsrat, so dass Kyriakos Papageorgiou erneut in den Gemeinderat eintreten konnte. Gisela Polloni und Massimo de Salvador wechselten ihren Wohnort und wurden durch Hans Urs von Matt und Gabriela Meier ersetzt. Allen Zurückgetretenen ein herzliches Dankeschön und den Neuen an dieser Stelle viel Erfolg!

Politische Arbeit

Der neugewählte Rat verfügt mit den Stimmen von SP, Grünen und AL neu über eine hauchdünne linke Mehrheit, die schon bei einigen Themen zum Funktionieren kam. Gerade bei grossen Geschäften, die letztlich vom Volk entschieden werden, gilt es aber nach wie vor, auch mindestens eine bürgerliche Partei im Boot zu haben. Nur so kann sichergestellt werden, dass die SP nicht wie

in den frühen 90er-Jahren zwar Abstimmungen im Rat gewinnt, aber danach in der Volksabstimmung «aufs Dach bekommt». CVP und EVP und ab und zu auch die FDP sind deshalb neben dem «natürlichen» grünen Verhandlungspartner oft auch zu einem Gespräch hinzuzuziehen. Mit der etwas geschrumpften und neuerdings auch mit Fraktionsaustritten geplagten SVP gibt es nach wie vor keinen gemeinsamen Nenner.

Der Rat befasste sich mit vielen wichtigen Themen von Energieeffizienz über Verkehr, Kulturleitbild, Personalrecht, Sozialhilfe, Jugendgewalt bis Glasfasernetz als Service public. In allen diesen Bereichen erreichte die SP viel und musste keine nennenswerte Niederlage einstecken. Damit der ganze Bericht nicht zur Lobhudelei verkommt, sollen deshalb für einmal zwei Beispiele aus dem Alltag des Gemeinderats angeführt werden, die aufzeigen, dass es für SP-GemeinderätInnen oft viel Sitzleder und Nerven braucht, um erfolgreich sein zu können:

Absurde Budgetdebatte

Das Budget für das Jahr 2007 brauchte im Rat neben den üblichen 6 Sitzungen am Mittwoch und Freitag auch noch einen vollen Samstag. Als einzige nennenswerte Änderung im Budget kann die von der SP eingebrachte Erhöhung der Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet werden. Der Rest der Übung waren chancenlose SVP-Anträge in dreistelliger Zahl und Vorstösse von AL und jungen Grünen, die mehr den Profilierungsneurosen denn der Finanzpolitik dienen. Der langen Debatte kurzer Sinn: Der rot-grün dominierte Stadt- und Gemeinderat betreibt eine sinnvolle Finanzpolitik und den städtischen Finanzen geht es im Gegensatz zu jenen im bürgerlich dominierten Kanton gut.

Einbürgerungen

Absolute Tiefpunkte der Arbeit im Gemeinderat sind jeweils die Sitzungen, in welchen über die Einbürgerungen abgestimmt wird. Schweizer Demokraten und SVP überbieten sich jeweils mit rechtswidrigen, von unsäglich fremdenfeindlichen Voten begleiteten Ablehnungsanträgen, die – gottlob – allesamt abgelehnt werden. Es ist nun definitiv an der Zeit, dass der Verwaltungsakt der Einbürgerung dort hinkommt, wo er hingehört: zum Stadtrat. Eine gemeinderätliche Kommission unter SP-Vorsitz berät eine dementsprechende Vorlage, die wohl im Jahr 2007 vors Volk kommt und eines kraftvollen Abstimmungskampfes der SP bedürfen wird.

Berichte aus den Parteigremien



Foto: Jules Schwarz

Der «Rote Block» im Einsatz – eine Bühne für alle, die am 1. Mai auf der Bäckeranlage etwas zu sagen hatten.

Bericht der Geschäftsleitung

Funktion und Zusammensetzung

Die Geschäftsleitung tritt in der Regel wöchentlich zusammen, bereitet die Geschäfte vor und führt alle politischen Aktionen nach Vorgaben der Parteibeschlüsse durch. Der Geschäftsleitung gehörten im Berichtsjahr 06/07 mit Stimmrecht an: **Koni Loepfe** (Präsident), **Beatrice Reimann** (Vizepräsidentin), **Andreas Ammann**, **Yves de Mestral**, **Peter Macher**, **Min Li Marti**, **Sarah Müller**, **Roberto Rodriguez**, **Renato Valoti** und **Esther Weibel**. Von Amtes wegen haben **Elmar Ledergerber** (Stadtpräsident), **Esther Maurer** (Stadträtin), **Bobby Neukomm** (Stadtrat) und **Martin Waser** (Stadtrat) Einsitz in der Geschäftsleitung, allerdings ohne Stimmrecht. Das Parteisekretariat mit **Emy Lalli**, **Andrea Ruckstuhl** und **Susanne Twerenbold** ist mit insgesamt einer Stimme stimmberechtigt.

Auf die Delegiertenversammlung vom Mai 2006 hin trat **André Odermatt** aus der Geschäftsleitung zurück. Da zusätzlich der Sitz von **Andrea Ruckstuhl** nach seinem Rücktritt aus der Geschäftsleitung bzw. der Einstellung als Parteisekretär vakant gelassen worden war, galt es zwei neue Mitglieder zu wählen. **Andreas Ammann** und **Yves de Mestral** wurden von den Delegierten neu in die Geschäftsleitung gewählt. Alle anderen Mitglieder waren für ein weiteres Jahr bestätigt worden. An der konstituierenden Sitzung vom 31. Mai 2006 wurden **Beatrice Reimann** als bisherige Vizepräsidentin bestätigt, **Renato Valoti** als Finanzdelegierter und **Sarah Müller** als Gleichstellungsverantwortliche gewählt.

Arbeitsgruppen und Ausschüsse der Geschäftsleitung

AG Stadtentwicklung

Die AG Stadtentwicklung traf sich im Berichtsjahr sehr regelmässig, um die entsprechende Veranstaltungsreihe zu planen. Kreativität und gesellschaftspolitischer Spürsinn waren gefragt, um für die monatlich stattfindenden Veranstaltungen die Themenwahl zu treffen und interessante ReferentInnen ausfindig zu machen. Leitidee und thematische Klammer für die Veranstaltungen ist der Begriff «Stadtwerkstatt», der das gemeinsame Nachdenken von ReferentInnen und Publikum und damit den Austausch betont.

AG Strategie

Anlass zur Einsetzung der AG Strategie war ein Antrag seitens der Jusos. Dieser verlangte, dass sich die Stadtpartei angesichts der neuen links-grünen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat Überlegungen dazu anstelle, wie die neuen Mehrheiten strategisch genutzt werden könnten. Nachdem die Jahresdelegiertenversammlung dem Antrag noch zugestimmt hatte, war das konkrete Interesse an der Mitarbeit in der AG ausserordentlich bescheiden. Die AG kam zum Schluss, dass ein eigentlicher Koalitionsvertrag mit anderen links-grünen Parteien nicht in Frage komme. Es fehle hüten und drüben schlicht am entsprechenden Interesse. Die auf Fraktionsebene gut eingespielte Zusammenarbeit solle weiterhin gepflegt und wo möglich intensiviert werden.

AG Kultur

Aufgrund der Schwerpunktssetzung an der Retraite der Geschäftsleitung wurde eine AG Kultur ins Leben gerufen. Damit kommt zum Ausdruck, dass sich die SP in der städtischen Kulturpolitik deutlicher engagieren

und positionieren will. In einem ersten Schritt wurden mögliche Stossrichtungen geklärt und Handlungsbedarf ausgemacht. Um allfällige Doppelspurigkeiten zu vermeiden, beschloss die AG vorerst zuzuwarten, bis das neue Positionspapier der SPS zur Kultur vorliegen würde, um konkrete Schritte darauf abzustimmen.

AG SP – VertreterInnen muslimischer Organisationen

Befürchtungen, dass vor allem die SVP im Rahmen der Wahlkämpfe anti-muslimische Kampagnen führen würde, waren Hintergrund zur Einsetzung der AG im Januar. Das Interesse seitens der VertreterInnen muslimischer Organisationen war sehr gross. Um im Falle von spezifischen Kampagnen kurzfristig und abgestimmt reagieren zu können, wurde beschlossen, Stellungnahmen bzw. Gegendarstellungen vorzubereiten. Mittelfristig ist es das erklärte gemeinsame Ziel, durch eine Versachlichung und Differenzierung des Themas der latent fremdenfeindlichen Stimmungsmache entgegenzutreten. Die tatsächlich sich ergebenden Probleme, die entstehen, wenn Menschen aus verschiedenen kulturellen und religiösen Hintergründen aufeinandertreffen, sollen im Dialog angegangen werden. Ziel muss sein, mit und nicht über MuslimInnen zu reden.

Abstimmungen – Abstimmungsflyer

Im letzten Jahr produzierte die Stadtpartei insgesamt vier Abstimmungsflyer zu den städtischen, kantonalen und eidgenössischen Vorlagen. Wie immer entschied die Geschäftsleitung darüber, welchen Flyer die Sektionen obligatorisch zu verteilen hatten beziehungsweise für welchen ein so genannter fakultativer Verteiler vorgesehen war. Angesichts der aus linker Sicht unverändert kritischen politischen Ver-

hältnisse in den Stadtkreisen 9, 11 und 12 übernahm die Stadtpartei auch dieses Jahr bei fakultativen Verteilern die Verteilkosten für die entsprechenden Kreise.

Am 21. Mai lag der Schwerpunkt auf zwei städtischen Krediten, dem zur «Wohnbauaktion 2005» und den 60 Millionen Franken für die Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Alterswohnungen.

Der Abstimmungsflyer für den 24. September thematisierte in erster Linie die eidgenössischen Vorlagen zu den neuen Ausländer- und Asylgesetzen und die KOSA-Initiative zur AHV-Finanzierung. Auf städtischer Ebene wurde für ein Ja zur Einhausung Schwamwendingen und zum Gestaltungsplan HB geworben.

Im Flyer für die Abstimmung vom 26. November wurde für ein Ja zu den eidgenössischen Vorlagen zur Zusammenarbeit mit Ländern Osteuropas (die so genannte Kohäsionsmilliarde) und zum Familienzulagen-Gesetz geworben und für ein Ja zur Gestaltung des Leutschenparks im gleichnamigen Zürcher Quartier. Für einmal bedeutete eine Nein-Empfehlung zu einer Initiative – die forderte, dass an der Zürcher Volksschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden dürfe – ein Ja, nämlich ein Ja zu einem zeitgemässen Fremdsprachenkonzept.

Für den 11. März schliesslich warb der Flyer für ein Ja zum städtischen, vom EWZ betriebenen Breitband-Glasfasernetz, mit dem in Zürich die künftige Nachfrage nach schneller Datenübertragung befriedigt werden soll. Für den Systemwechsel hin zu einer Einheitskasse auch im Grundversicherungsbereich wurde auch ein Ja propagiert.

Weitere Geschäfte, Veranstaltungen

1.Mai

Zum ersten Mal wurde das Fest der SP am 1. Mai in der Bäckeranlage gefeiert. Bis auf den wenige Minuten dauernden Zwischenfall während der Rede von Bundesrat Leuenberger, als eine mehrere Dutzend grosse Gruppe das Fest und insbesondere die Rede – erfolgreich – störte, verlief das

Fest aussergewöhnlich friedlich. Bei Sonnenschein und angenehmen Temperaturen standen der Schwatz mit alten Bekannten und das Politisieren mit GesinnungsgenossInnen im Vordergrund.

Stadtentwicklungs-Reihe

Die Veranstaltungsreihe zu Themen rund um die Stadtentwicklung ist im Berichtsjahr erfolgreich fortgesetzt worden und erfreut



Foto: Jules Schwarz

Stadtpräsident Elmar Ledergerber führt souverän durch die 1.Mai-Feier der SP.

sich eines zunehmend grösser werdenden Stammpublikums. Am ersten Donnerstag im Monat findet im Cabaret Voltaire jeweils eine Veranstaltung statt, an der nach fachlichen Referaten und Inputs die Diskussion mit den Anwesenden gesucht wird. Dabei wird das Themenspektrum bewusst breit gehalten – von der Entwicklung im Kreis 5 über Kreativwirtschaft bis hin zum spezifischen Aussenblick auf Zürich, welchen Menschen haben, die aus dem Ausland hierher kommen, um in Zürich zu leben und zu arbeiten.

Diskussionsveranstaltung zum Hooligan-Gesetz

Der Versuch, an einer öffentlichen Veranstaltung die umstrittenen Punkte im so genannten Hooligan-Gesetz zu diskutieren, misslang. Er misslang insofern, als dass über den Kreis der wirklich betroffenen Fans hinaus kein Interesse bestand, das Thema – öffentlich – zu diskutieren.

Aktionen im Vorfeld der Abstimmung zum Asyl- und Ausländergesetz

Die SP war in Zürich mit einer breiten Palette von Aktionen zu den beiden Gesetzesvorlagen präsent. Eingebettet in eine von vier SP-Sektionen getragene Aktionswoche, die Diskussionsveranstaltungen, eine Filmvorführung und ein Konzert umfasste, war die von der SP Schweiz organisierte zweitägige Präsentation einer Skulpturengruppe namens «Versteinert» von Carl Bucher. Die Reaktionen der PassantInnen auf dieses Mahnmal auf dem Paradeplatz waren sehr unterschiedlich, die Gespräche zwischen GegnerInnen und BefürworterInnen teilweise sehr emotional und heftig. Leider liess das eingefangene Stimmungsbild nichts Gutes für die Abstimmung erhoffen.

Lotto

Die jährliche Lotto-Veranstaltung hat sich mindestens bei den eingefleischten (ange-

sichts der zu gewinnenden Preise teilweise sogar wörtlich zu verstehen) SpielerInnen bereits als lieb gewonnene Tradition etabliert. Der Umstand, dass der Falcone-Wirt den Saal im ersten Stock fälschlicherweise doppelt gebucht hatte und das Lotto deshalb im Restaurant-Teil stattfand, erwies sich letztlich sogar als Glücksfall. Der Raum war bis auf den letzten Platz besetzt, das Schielen auf die benachbarten Spielkarten inbegriffen, die Stimmung entsprechend gut.

Altersveranstaltungen

Erstmals fanden im Vorfeld zur Abstimmung über den 60-Millionen-Kredit zur Äufnung des Stiftungskapitals Alterswohnungen die inzwischen traditionellen SP-Altersveranstaltungen in den Räumlichkeiten der städtischen Alterswohnsiedlungen statt. Dieser Entscheid erwies sich angesichts der erfreulichen Publikumszahlen als richtig. Die zweite Veranstaltungsstaffel im August/September fand dann wieder wie gewohnt in städtischen Altersheimen statt.

Bericht des Parteivorstands

Funktion und Zusammensetzung

Der Parteivorstand ist zuständig für Geschäfte von allgemeinem Interesse, insbesondere für die Festlegung von Abstimmungsempfehlungen, für die Beschlussfassung über Referendum und Initiative, für Nominierungen für verschiedene Ämter auf Bezirksebene und für die Genehmigung des Budgets.

Der Parteivorstand setzte sich im Berichtsjahr 06/07 folgendermassen zusammen:

Alle Mitglieder der Geschäftsleitung, **Andrea Panitz** (SP1), **Zülfikar Güzelgün** (SP2), **Rebekka Wyler/Wolf Stettler** (SP3), **Peter Küng** (SP4), **Gaudenz Kind/Stefan Hartmann** (SP5), **Christoph Gut/Gretta Fenner** (SP6), **Marianne Aubert** (SP7), **Astrid Lieb** (SP8), **Davy Graf/Christian Koller** (SP9), **Sandra Tinner** (SP10), **Marie Schurr** (SP11), **Claudia Suter** (SP12), **Mario Florin** (Bildungsausschuss), **Christof Nestel** (Schulpolitische Kommission), **Evelyn Wilhelm/Roberto Mitlehner/Salvatore di Concilio** (Second@s-Plus), **Sylvie Fee Michel/Annina Aeberli** (JUS0), **Judith Bucher/Corine Mauch/André Odermatt** (Gemeinderatsfraktion, mit zwei Stimmen), **Pierre Martin** (Justizkommission), **Heinz Jacobi/Dominique Feuille** (GBZ), **Ruedi Baumer/Agnes Guler** (SeniorInnen), **Dominik Schaub** (SP Kanton Zürich), **Marcel Lautner/Martin J. Nobs/Janos Blum/Felix Ziltener/Daniel Kurz** (frei gewählte Mitglieder).

Der Parteivorstand traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt vier Sitzungen.

Im März 2006 wurden die Parolen zu den städtischen Vorlagen gefasst. Sowohl für den Wohnbaukredit «Wohnbauaktion» wie auch für den Wohnbaukredit «Erhöhung Stiftungskapital Alterswohnungen» wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen. Als Bezirksrichter wurde Eric Pahud einstimmig zuhanden der Interparteilichen Konferenz (IPK) nominiert.

Beim Wahlkampf für die Stadt- und Gemeinderatswahlen wurde die Zusammenarbeit zwischen den Sektionen und dem Sekretariat als gut empfunden. Einzig die Wahlkampagne (mit den Karikaturen von Nico) ist nicht überall gut aufgenommen worden.

Das Wahlergebnis unserer Stadträte und unserer Stadträtin war sehr gut. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen war politisch gut, aber aus SP-Sicht haben wir unser Ziel, WählerInnenanteilerhöhung um 3-4 %, nicht erreicht. Der Verlust von fünf Sitzen tat weh. Auch ist es uns nicht gelungen, die Sympathien für den Stadtrat auf den Gemeinderat zu übertragen. Es hat sozusagen kein Wahlkampf stattgefunden und es gab praktisch auch keine politischen Auseinandersetzungen. Guter Ausgang, aber hoher Preis.

Ein weiteres Traktandum an diesem März-Parteivorstand war das Verkehrspapier der SP Stadt Zürich. Es wurden einige Änderungsvorschläge eingebracht. Das Papier wurde sowohl für den externen wie auch für den internen Gebrauch zur Verfügung gestellt.

Die Jahresrechnungen der SP Stadt sowie der Second@sPlus und des Bildungsausschusses wurden einstimmig angenommen. Ebenfalls ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen wurde der Jahresbericht 2005/2006.

An der Parteivorstandssitzung vom 24. August 2006 konnten die PV-Mitglieder eine BezirksrichterIn nominieren. Die von der Justizkommission vorgeschlagene Kandidatin Tülin Aladag wurde zuhanden der IPK einstimmig bestätigt.

Beatrice Reimann erstattete mündlich Bericht über die AG Strategie. Ausgangspunkt war der JUSO-Antrag, der verlangte, dass sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage auseinandersetzt, wie die rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat in den nächsten vier Jahren politisch aktiv genutzt werden könne.

Folgende Themen wurden herauskristallisiert: Sicherheit/Polizei, Bodenpolitik, Einbürgerungspolitik, Flankierende Massnahmen Üetlibergtunnel und Umwelt. Diese Themen werden in den nächsten vier Jahren Hauptthemen der SP sein. Ferner zeigten die Diskussionen in der AG Strategie, dass keine Linkspartei bereit wäre, einen Koalitionsvertrag mit der SP einzugehen. Die Zusammenarbeit mit den Mitteparteien brauche es auch trotz einer links-grünen Mehrheit im Parlament. Bei einigen Themen sei zudem die sachpolitische Zusammenarbeit wichtiger als die politische Profilierung.

Am 16. November 2006 behandelte der PV die ordentlichen Finanzgeschäfte. Der PAB-Bericht wurde in der vorliegenden Form abgenommen. Emy Lalli erläuterte, dass zwar Mehreinnahmen resultierten, aber die Zahlungsmoral der Mitglieder zurückgegangen sei. Der PV beschloss, dass das Sekretariat eine Liste der Nichtzahlenden erstellen soll. Bei diesen Personen soll nach den Gründen gefragt werden. Der Mitgliederbeitrag wurde um 3 Franken erhöht, d.h. auf Fr. 132.-. Das Budget 2007 wurde ohne Gegenstimme genehmigt.

An diesem PV wurde ebenfalls das Nationalratswahlverfahren vorgestellt und diskutiert. Koni informierte über den Verlauf und

die Listengestaltung der Kantonalpartei. Kandidierende der Stadt konnten ihre Bewerbungen bis Ende Dezember eingereichen.

An der Parteivorstandssitzung vom 18. Januar 2007 beschlossen die Mitglieder die JA-Parole zur städtischen Abstimmungs-vorlage zum Bau eines Breitband-Glasfasernetzes.

Zuhanden der Kantonalpartei wurden folgende Personen für die Nationalratsliste vorgeschlagen (nach Stimmenzahl): Jacqueline Badran, Joe Manser, Thomas Marthaler, Gallus Cadonau, Erika Ziltener, Beatrice Reimann, Jris Bischof.

Bericht der Delegiertenversammlung

Funktion und Zusammensetzung

Die Delegiertenversammlung (DV) ist – neben der Urabstimmung – das oberste Organ der SP der Stadt Zürich und setzt sich basisdemokratisch aus **den Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes, einer 5-er Abordnung der Gemeinderatsfraktion, je einer 3-er Delegation der statutarischen Kommissionen sowie den Delegierten aus den Sektionen** (je nach Mitgliederzahl zwischen 9 und 17 pro Sektion) zusammen.

Im Berichtsjahr 2006/2007 fanden zwei Delegiertenversammlungen statt.

An der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 18. Mai 2006 standen die partei-internen Wahlen und die Abnahme des Jahresberichts und der Jahresrechnung im Zentrum.

In seinem Jahresrückblick warf Präsident Koni Loepfe einen Blick sowohl in die Vergangenheit wie auch in die Zukunft. Das Ergebnis der Stadt- und Gemeinderatswahlen am 12. Februar 2006 sei für die SP beides: sehr erfreulich und auch enttäuschend. So wurden Esther Maurer, Robert Neukomm, Martin Waser und Elmar Ledergerber mit Glanzergebnissen und ohne Probleme im Stadtrat bestätigt. Dieses gute Ergebnis täusche jedoch nicht über das doch eher enttäuschende Ergebnis auf der Ebene Gemeinderat hinweg (Verlust von 5 Sitzen), auch wenn wir aufgrund der neuen Wahlkreiseinteilung und des doppelten Pukelsheim durchaus mit einem Verlust rechnen mussten. Im Hinblick auf die Kantons- und Regierungsratswahlen im Frühling 2007 werde es die SP mit einem kumulierten Risiko zu tun haben (veränder-

ter Wahlmodus und sehr gutes Ergebnis bei den letzten Wahlen im 2003) und somit einen grossen Effort machen müssen, um die bisherige Sitzzahl halten zu können. Da der neue Wahlmodus auch das Gewicht der Städte verstärkt, komme dem Resultat in der Stadt Zürich eine besondere Bedeutung zu und müssten wir uns in der Stadt in diesen kommenden Wahlen ganz besonders anstrengen.

Zum erstmals in der Bäckeranlage organisierten 1.-Mai-Fest der SP hielt Koni Loepfe fest, dass das Fest aus Sicht des Organisationskomitees und der BesucherInnen ein Erfolg gewesen sei. Im Zentrum der Berichterstattung stand aber bedauerlicherweise die durch die Störaktion abgebrochene Rede von Moritz Leuenberger.

Koni Loepfe äusserte sich ebenfalls zum brisanten und politisch sehr aktuellen Thema Sozialmissbrauch: Es sei wichtig, dass sich alle Beteiligten mit möglichen Massnahmen gegen den real stattfindenden Missbrauch auseinandersetzten. Dabei gelte es jedoch, das Kernproblem nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich die stete Zunahme von SozialhilfempfängerInnen.

Die Jahresberichte der verschiedenen Gremien und Kommissionen wurden allesamt diskussionslos genehmigt. Ebenfalls diskussionslos genehmigt wurde die Jahresrechnung 2005.

Koni Loepfe wurde für ein weiteres Jahr als Präsident der Stadtpartei gewählt. Ebenfalls von den Delegierten bestätigt wurden die Parteisekretärinnen Emy Lalli und Susanne Twerenbold und der Parteisekretär Andrea Ruckstuhl.

In der Geschäftsleitung galt es, zwei Rücktritte (Andrea Ruckstuhl und André Oder-

matt) zu ersetzen. Bei der Wahl setzten sich Andreas Ammann (SP10) und Yves de Mestral (SP3) durch.

Aus dem Parteivorstand traten zurück: Yves de Mestral und Hans-Urs von Matt (SP3), Alice Scheidegger (SP4) und Esther Straub (SP6). Als SektionsvertreterInnen kamen neu Rebekka Wyler und Wolf Stettler (SP3), Peter Küng (SP4) und Christoph Gut und Gretta Fenner (SP6) dazu. Ebenfalls in den Parteivorstand neu gewählt wurde Annina Aeberli (Jusos), André Odermatt (Fraktionsvorstand) und Heinz Jacobi (Gewerkschaftsbund). Anstelle von Mark Roth, Revisor, wurde von den Delegierten neu Oliver M. Peter gewählt. Bei den weiteren Kommissionen und Gremien gab es keine Änderungen, sie wurden allesamt einstimmig gewählt resp. bestätigt.

Mit dem Prix Enzo konnte in diesem Jahr Alice Scheidegger (SP4) geehrt werden. Als langjährige Präsidentin der SP4 und als Genossin, die, fern vom Rampenlicht und immer der sozialdemokratischen Sache verpflichtet, unglaublich viel geleistet hat, war sie eine mehr als verdiente Preisträgerin.

Zum Schluss stand ein Antrag seitens der Jusos zur Debatte. Dabei ging darum, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, welche sich Gedanken zur Gestaltung der laufenden Legislatur und zur Zusammenarbeit mit unseren links-grünen Partnern im Gemeinderat machen sollte. Der Antrag wurde genehmigt und als Auftrag an die Geschäftsleitung abgesegnet.

Am 29. Juni 2006 fand die zweite, ausserordentliche Delegiertenversammlung im Berichtsjahr statt. Dabei ging es um die Parolenfassung zu den am 24. September zur Abstimmung gelangenden Vorlagen. Wie

üblich, wenn eine gewichtige Vorlage parteiintern umstritten ist, hatte die GL beschlossen, dass die Parole an einer DV gefasst werden sollte.

Die umstrittene Vorlage, nämlich die Abstimmung zum Stadtraum HB Zürich, war offenbar jedoch gar nicht umstritten, denn sie wurde an der DV nur einseitig besprochen: parteiintern wollte weder eine Sektion noch ein Einzelmitglied die Nein-Parole vertreten. Christine Seidler informierte aus Sicht der gemeinderätlichen Kommission über die Vorlage und legte die Gründe, welche die Fraktion zur Ja-Parole bewogen hatten, dar. Die von den Argumenten überzeugten Delegierten stimmten der Vorlage mit einigen wenigen Gegenstimmen zu.

Die zweite Vorlage, zu welcher es eine Parole zu beschliessen galt, war eine sehr erfreuliche: nämlich der Objektkredit für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse. Diese Vorlage stelle – so Marcel Savarioud (SP12) – eine Erfolgsgeschichte dar, denn sowohl der Bund (Bundesrat Moritz Leuenberger sei Dank) wie auch der Kanton (einstimmige Zustimmung im Kantonsrat) und die Stadt hätten den Kampf der Schwamendinger und Schwamendingerinnen belohnt und der Beruhigung und Aufwertung des Quartiers stehe endlich nichts mehr im Wege.

Die Delegierten beschlossen hierzu freudvoll und mit Applaus die Ja-Parole.

Bericht der SP Zürich 3

von Wolf Stettler und Rebekka Wyler, Co-Präsidium SP 3



Das Vereinsjahr begann am 21. März mit der Generalversammlung. Wie jedes Jahr ging ihr ein Apéro voraus, zu dem alle Mitglieder mit über 45 Jahren Mitgliedschaft eingeladen worden waren. An der Generalversammlung wurde der Vorstand neu besetzt und ein neues Co-Präsidium gewählt.

Wirtschaftspapier, Kunst und Arbeiterhilfswerk

Mitte Mai diskutierten gut 20 Mitglieder die Entwürfe für das neue Wirtschaftspapier der SP Schweiz als Vorbereitung für die Delegiertenversammlung. Nach dem Einführungsreferat von Gemeinderätin Claudia Nielsen kam es zu einer engagierten Diskussion in Arbeitsgruppen.

Am 21. Juni besuchte die SP 3 die Ausstellung über die «Gebrauchsgrafiken» Pablo Picassos in der grafischen Sammlung der ETH. Die Ausstellungsmacherin führte uns durch die Bilderwelt des spanischen Künstlers und Antifaschisten.

Mitte Juli fand der alljährliche Grillabend statt, der von gut 40 Genossinnen und Genossen besucht wurde.

Am 21. November wurde uns an einer Versammlung in der Gemeindestube der FGZ

die Arbeit des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks vorgestellt. Der Vorstand wird der diesjährigen Generalversammlung ein SAH-Projekt zur Unterstützung vorschlagen. Am 1. Dezember trafen sich ungefähr 40 GenossInnen zum Jahresschlussessen im Schweighof. Die Co-Präsidentin hielt eine Ansprache, danach stürmten die hungrigen Gäste das Buffet.

Ende Januar fand eine Mitgliederversammlung zur Abstimmung über die soziale Einheitskrankenkasse statt. Nach einer kontradiktorischen Einführung durch die beiden Mitglieder Beat Frischknecht und Andreas Edelmann diskutierten die 20 Anwesenden engagiert über Vor- und Nachteile des Volksbegehrens.

Draussen bei Hitze und Kälte

Für alle Abstimmungstermine wurden auch dieses Jahr an je zwei Tagen drei Stände sechs Stunden lang besetzt – man rechne! Die Arbeitsgruppe für Standaktionen leistet für dieses «Aufgebot» jeweils einen grossen Effort. Wir danken der AG und allen, die an den Standaktionen teilgenommen haben.

Der Vorstand auf Abwegen

Unter strenger Geheimhaltung von Ziel und Weg wurde der Vorstand an einem Morgen Ende September zum Triemli bestellt. Was als «Begegnung mit der lokalen Guerilla» angekündigt war, entpuppte sich als leckerer «Zmorgen» auf freiem Feld mit GenossInnen der SP Kelleramt-Mutschellen. Danach wanderten wir Richtung Bremgarten, wo wir auf einer Terrasse an der Reuss einen feinen (Fisch-) Zmittag assen. Nach weiteren zwei Stunden Wanderung flussaufwärts erreichten wir Rottenschwil. Ein Vertreter der Stiftung Reusstal führte uns durch das Naturschutzgebiet der Stillen Reuss – ein spannender Rundgang mit Ein-

blicken in Flora und Fauna, den wir nur weiterempfehlen können.

Kantonsratswahlen

Schwerpunktthema des Vereinsjahres bilden weiterhin die Kantonsratswahlen. Am 26. September nominierte die SP 3 ihre KandidatInnen. Die beiden Co-Präsidenten der SP 3 und 9 einigten sich auf eine gemeinsame Liste, die am 2. November an einer gemeinsamen Mitgliederversammlung den über 70 anwesenden Mitgliedern vorgelegt wurde. Die Liste wurde verabschiedet und eine gemeinsame Arbeitsgruppe für den Wahlkampf gegründet.

Sektionsstammtisch

Obwohl hart bedrängt von der lokalen SVP, die ihren Stammtisch jeweils am selben Abend und im selben Lokal durchführt, findet auch unser «Stamm» weiterhin jeden ersten Monat im «Falcone» an der Schmiede Wiedikon statt. Auch Mitglieder anderer Sektionen sind herzlich willkommen!

Berichte aus Ausschüssen, Kommissionen und Arbeits- gruppen



Foto: Jules Schwarz

1. Mai 2006: gute Stimmung und angeregte Gespräche – nicht nur am Tisch der «Prominenz».

Bericht der Justizkommission

Von Pierre Martin, Präsident

Das Jahr 2006 war für die Justizkommission ein Jahr mit Überraschungen. Insgesamt hielten wir drei Sitzungen ab. In der ersten Sitzung ging es um die Kandidatur für eine Stelle als Bezirksrichterin bzw. Bezirksrichter am Bezirksgericht Zürich. Diese Stelle konnten wir nach einem Rücktritt bei der nach wie vor übervertretenen FDP für uns beanspruchen. Aus den sechs sehr guten Kandidaturen schwang Eric Pahud oben auf und konnte so zuhänden des Parteivorstand nominiert werden. Ohne Gegenstimme folgte der Parteivorstand diesem Antrag.

An der nächsten Sitzung war wiederum eine Person für das Bezirksgericht Zürich zu nominieren; gleichzeitig auch eine Kandidatin oder ein Kandidat für die Staatsanwaltschaft. Einmal mehr zeigte sich, dass die Arbeit als Richterin oder Richter bei den Juristen unserer Partei weit stärker begehrt ist als die Arbeit als Staatsanwalt oder Staatsanwältin. Dazu kommt, dass mit dem neuen Anforderungsprofil für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jegliche Möglichkeit des Quereinstieges verbaut ist. Neu wird ein Wahlfähigkeitszeugnis verlangt, das von der Oberstaatsanwaltschaft nur denen erteilt wird, die genügend lang auf einer Staatsanwaltschaft als SubstitutIn gearbeitet oder eine spezielle Prüfung abgelegt haben. Diese neuen Voraussetzungen werden wohl auch den anderen Parteien Kopfzerbrechen bereiten. Wer schon die Anwaltsprüfung abgelegt hat, wird kaum eine weitere Prüfung auf sich nehmen. Immerhin kann sich ein Danowski nicht mehr für dieses Amt bewerben und so eine sinnlose Volksabstimmung provozieren.

Trotz dieses Erschwernisses hatten wir das Glück, mit Markus Fasano einen ausgewiesenen Kandidaten zur Verfügung zu haben, den wir mit Überzeugung der Geschäftsleitung vorschlagen konnten. Für das Bezirksgericht schlug die Justizkommission dem Parteivorstand die auf hohem Niveau punktegleich im Rennen liegenden Christa Jost und Christoph Fuchs vor.

Als dann Christoph Fuchs aus persönlichen Gründen und Christa Jost zufolge ihrer bevorstehenden Wahl ans Bezirksgericht Winterthur ihre Kandidaturen noch vor der Sitzung des Parteivorstandes zurückzogen, musste kurzfristig eine dritte Sitzung einberufen werden. Aus dem immer noch vollen Reservoir ausgewiesener Bewerberinnen und Bewerber konnten wir Tülin Aladag zur Wahl vorschlagen, welche vom Parteivorstand ebenfalls ohne Gegenstimme der IPK zur Wahl vorgeschlagen wurde. Wegen der sattsam bekannten Kandidatur von Danowski, der dank des im Kanton Zürich immer noch gepflegten Laienrichtertums weiterhin als Richter kandidieren kann, und weil im November 2006 keine Majorzwahlen stattfinden konnten, verzögerte sich Tülin Aladags Wahl bis im März 2007.

Bericht der AG Seniorinnen und Senioren

Von Agnes Guler und Jenny Heeb

Für unsere Nachmittage konnten wir namhafte ReferentInnen engagieren. Wir organisierten neun Veranstaltungen, vier davon in Zusammenarbeit mit der AG Alter der SP des Kantons Zürich.

- Am 23. Januar sprach Stadtrat Robert Neukomm zum Thema «Wachsen die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien in den Himmel?».
- Am 20. März referierte Josef Estermann, Stadtpräsident von 1990 bis 2002, zum Thema «Stadtentwicklung – Verstädterung – soziale Problematik». Diese Veranstaltung war besuchermässig unsere erfolgreichste.
- An der Vormaifeier am 30. April referierten alt Bundesrat Otto Stich und Regierungsrat Markus Notter zum Thema «Sparen am falschen Ort – Gefahr für den Sozialstaat». Diese Veranstaltung wurde von der Arbeitsgruppe Alter der SP des Kantons Zürich mit Beteiligung von uns, den SeniorInnen der UNIA und der AVIVO organisiert.
- Anlässlich der Generalversammlung der AG Alter am 22. Mai sprach alt Nationalrätin Angeline Fankhauser über «Solidarität der Generationen – verhindert Krieg der Generationen». Angeline Fankhauser wählte dieses Thema im Hinblick auf die kommende Abstimmung über einheitliche Kinderzulagen.
- Es gelang der AG Alter der Kantonalpartei, Ruth Dreifuss, alt Bundesrätin und Präsidentin des Referendumkomitees gegen das Asyl- und Ausländergesetz zu engagieren. Ruth hielt ihren Vortrag am 24. August im Kirchgemeindehaus Aussersihl vor einem grossen Publikum, das nicht nur aus älteren Menschen bestand.
- Zu den eidgenössischen Abstimmungen über das Asyl- und Ausländergesetz so-

wie zur Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (KOSA) verteilten wir unter Mitwirkung von Nationalrätin Vreni Hubmann am 1. September am Bürkliplatz Flugblätter.

- Am 19. September fand nach Referaten von Heidi Witzig, Historikerin, und Martina Hofer von der Fachstelle für Gleichstellungsfragen des Kantons Zürich eine Diskussion über «Gleichstellung gestern und heute» statt. Organisiert wurde der Abend von der AG Alter der SP des Kantons Zürich und der JUSO.
- Auf Einladung des Altersheims Limmat besuchten wir am 25. September eine Veranstaltung mit Judith Giovanelli-Blocher, die über ihr Buch «Das Glück der späten Jahre» sprach.
- Zum Jahresabschluss am 11. Dezember haben Marcel Lautner und Hans Städeli selbstverfasste Geschichten und Gedichte gelesen.

Es ist uns aufgefallen, dass sich die Veranstaltungen durch ein wechselndes Publikum auszeichnen; es gibt Leute, die sich nur für ein bestimmtes Thema oder einen bestimmten Referenten interessieren. Es gibt jedoch auch einen Stamm von SeniorInnen, die regelmässig an unseren Nachmittagen teilnehmen.

An zwei Nachmittagen haben wir uns zu Vorstandssitzungen getroffen, um die jeweiligen Veranstaltungen vorzubereiten. Wir schätzen den Ideenaustausch mit der AG Alter der SP des Kantons Zürich und mit der AG 60+ von Horgen sehr. Diese Altersveranstaltungen tragen dazu bei, die Interessen und Meinungen der älteren Generation der SP weiterzuvermitteln. Wir danken allen ReferentInnen, GenossInnen und dem Sekretariat für ihre Unterstützung.

Bericht der Schulpolitischen Kommission

Von Karin Schindler und Gertrud Zürcher,
Co-Präsidentinnen

Das Jahr 2006 war ein Jahr der Beobachtung, Auswertung, Konsolidierung und Neuausrichtung.

Hatte es mit den Konklusionen der Tagung vom Oktober 2005 begonnen, folgten schon kurz darauf die Gemeinderatswahlen. Kaum war dieser Wahlkampf abgeschlossen, wurden die Schulpflegen gewählt, was mehr Neuerungen mit sich brachte, als man es üblicherweise gewohnt ist.

Mit der neuen Amtsperiode im Sommer 2006 traten das neue Volksschulgesetz und die damit verbundene Schulbehördenrevision in Kraft, und dies hatte Auswirkungen auf die Wahlen. Die Anzahl der Schulbehördenmitglieder wurde auf die Hälfte reduziert, was zum Teil zu internen Kampfwahlen führte. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger machen sich seit dem Schuljahresbeginn mit den neuen Funktionen, Rollen und Aufgaben vertraut.

Der 23. Oktober 2006 war dann ein SP-Datum. Die Schulpolitische Kommission lud zum ersten SP-Behörden-Vernetzungstreffen. Aus jedem der sieben städtischen Schulkreise konnten wir mindestens eine Fraktionsvertretung begrüßen, ausserdem drei SP-Schulpräsidien. Die angebotene Plattform wurde nicht nur zum gegenseitigen Kennenlernen, sondern auch zum Austausch von Fragen und Erfahrungen in Sachen neue Rolle, neue Aufgaben, neue Verantwortung usw. lebhaft benutzt.

Darum schmieden wir für das Jahr 2007 diverse Pläne: die Mandatsvernetzung zu pflegen und möglichst eine inhaltliche Veranstaltung auf die Beine zu stellen.

Die kommenden Jahre werden auf schulpolitischer Ebene für die SP von grosser Bedeutung sein. Es stehen für uns äusserst wichtige Änderungen an: Oberstufenreform, sonderpädagogische Massnahmen und vieles mehr. Unserer Kommission wird die Arbeit in den nächsten Monaten auf keinen Fall ausgehen.

Bericht der Juso Stadt Zürich

Von Michael Kraft

Im Berichtsjahr entschieden wir uns für das Schwerpunktthema «Ausgrenzung/Minderheiten» an den Vollversammlungen: So berichtete uns Kantonsrätin Thea Mauchle von den Problemen, die Anliegen behinderter Menschen in der Politik durchzusetzen, Nationalrätin Christine Goll referierte zur IV-Revision, Suzanne Schärli (Caritas Zürich) sprach über «Working Poor» und Bea Schwager (SPAZ) schilderte uns die Schwierigkeiten im Alltag von Sans-Papiers.

Die Abstimmungen zu Asyl- und Ausländergesetz beschäftigten uns fast das ganze Jahr hindurch: Gemeinsam mit der Juso Kanton Zürich diskutierten wir an Podien, organisierten kulturelle Veranstaltungen und verteilten Flyer, Kleber und Plakate. Keine Bastelaktion war uns zu aufwendig und auch zwei Nächte auf dem Paradeplatz nahmen wir auf uns. Die zahlreichen Aktionen bekamen einige Aufmerksamkeit; unvergessen bleiben sicherlich die 300 gelben Schilder mit den markanten Sprüchen zu den Folgen dieser menschenrechtsmissachtenden Gesetze.

Ebenfalls ein gemeinsames Projekt mit den anderen kantonalen Sektionen war die Infokampagne zu den Arbeitsbedingungen bei Aldi. Ob als Juso mit einem Schild in der Hand oder verkleidet als Aldi-Manager, Halloween-Monster oder Samichlaus – wir konnten viele davon überzeugen, dass Geiz eben nicht geil ist.

In der städtischen Politik kämpften wir für einen Freestyle-Park, für die Erhaltung des «Coopi» und setzten uns für den Rückbau der Hardbrücke ein: Denn eine Hochlei-

stungsstrasse gehört nicht in Wohnquartiere! Eine hitzige Debatte erlebten wir in der Juso zur Vorlage «Stadtraum HB», zu der wir schliesslich Stimmfreigabe beschlossen. Mit Rebekka Wyler haben wir eine profilierte Gemeinderätin, die innerhalb der Fraktion nach Kräften versucht, eine linke Politik durchzusetzen.

Auf der Strasse sammelten wir zum einen Unterschriften für einen Berufsbildungsfonds, das IV-Referendum oder gegen Kriegsmaterial-Exporte. Zum anderen engagierten wir uns in den Abstimmungskämpfen mit kreativen Strassentheatern und Flyeraktionen und beteiligten uns an verschiedenen Demonstrationen, wie am 1. Mai oder an der Velodemo vom 22. September.

Neben aller politischen Arbeit kommt das Zusammensein dank den regelmässigen Politznachts, verschiedensten Festen oder dieses Jahr unserem Bildungsweekend zum Thema Landwirtschaft nicht zu kurz.

Vor uns steht das spannende Wahljahr 2007, in dem wir uns erneut voll engagieren möchten: Denn wir wissen, es braucht eine junge, linke Politik, welche die Ungerechtigkeiten angeht und die Welt verändern will!

Bericht der Second@s Plus

Von Roberto Rodriguez, Co-Präsident

Mit Wahlen hat es begonnen und mit Wahlen endet unser Vereinsjahr. Ohne Strukturen und etwas Organisation lassen sich Wahlen nicht bewerkstelligen. Deshalb bin ich sehr froh, dass unser Vorstand sich an der letzten Jahresversammlung sowohl nominell als auch geografisch ausweiten konnte: Die Führung unserer Organisation ist durch folgende Personen ergänzt worden: Haci Pekermann (Bülach), Fabio Trombetta (Wädenswil), Cestan Gülizar, Evelyn Wilhelm, Fakir Atalay, Lucia Tozzi und Roberto Mitlehner (letztere alle aus der Stadt Zürich). Dazu kommen noch die bisherigen Vorstandsmitglieder: Claudio Genovese (Opfikon), Fiammetta Jahreiss, Kyriakos Papageorgiou, Isabel Bartal, Patricia Illia, Renato Valoti, Salvatore di Concilio und der Berichtende selbst. An der Grösse unseres Vorstandes sollte es also nicht liegen. Nominell und ideell gestärkt starteten wir ins Vereinsjahr. Aber nicht nur die Second@s Plus sind gestärkt worden, sondern auch die SP, denn ein paar unserer Mitglieder haben im Verlauf des Jahres den Parteibeitritt vollzogen.

Gleich zu Beginn konnten wir einen grossen Erfolg feiern: Wir Second@s Plus sind nun mit acht Personen innerhalb der SP-Fraktion im Gemeinderat vertreten, was zur Fraktionsstärke reichen würde. Wir hoffen nun auch, die Früchte dieser Vertretung in Form von neuen Vorstössen zu sehen. Dieser Wahlerfolg bekräftigt meine Strategie, vermehrt den Weg über die Parlamente zu gehen. Ohne andere Optionen ausser Acht zu lassen.

Eine dieser anderen Optionen war und ist die Zusammenarbeit mit der AG Alter. Gleich zum Frühjahrsanfang organisierten wir

gemeinsam einen Workshop zum Thema Alter und Migration. An einem Samstagmorgen konnten wir uns einer zahlreichen und regen Beteiligung erfreuen. Wenig später konnten wir am Parteitag der Kantonalpartei die ersten konkreten Resultate dieses Workshops in Form eines Antrags an unsere ExekutivpolitikerInnen im Kanton präsentierten.

Das ganze Jahr hindurch begleitete uns die Arbeit an einem Integrationskonzept der SP Schweiz. Wenn wir auch am Schluss in Muttenz trotz vieler Anträge nicht in Gänze das erreichten, was wir wollten, konnten wir unsere Vorstellungen einer pragmatischen Integrationspolitik doch bei der SP Stadt und Kanton Zürich einbringen und auch in einem Positionspapier umsetzen.

Um nicht nur inhaltlich und programmatisch für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet zu sein, organisierten wir im November eine Klausurtagung. Unsere Bestrebung war es, Antworten auf folgende zwei Fragen zu erhalten: Wie wollen wir uns als Gruppe organisieren und wie sollen wir uns auf die kommenden nationalen und kantonalen Wahlen vorbereiten? Die Klausur wurde von kommunalen und nationalen ParlamentarierInnen ergänzt, leider nicht von kantonalen. An dieser Stelle auch herzlichen Dank an Vreni Hubmann für die Unterstützung unserer Anliegen. In Zukunft möchten wir auch unsere kantonale Fraktion in diese Gespräche mit einbeziehen, deshalb kandidieren nun auch sieben Personen aus unseren Reihen für den Kantonsrat.

Unser Internet-Auftritt und die periodischen Newsletters sind zu einem wichtigen Kommunikations-Instrument geworden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, www.secondos-plus.ch zu besuchen und unseren Newsletter zu abonnieren.

Bericht des Bildungsausschusses

Von Mario Florin, Präsident

In Risotto und Rote Geschichten (am 11. Februar 2006) lasen mit Pedro Lenz, Beate Rothmaier, Susanna Schwager, Emil Zoppi, Franz Rueb und Reto Hänni Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten Altersgruppen und literarischen Stile. Mit seinem witzigen Lexikon der Provinzliteratur hatte Lenz die Zuhörenden schnell gewonnen, während etwa Hänni und Rueb es dem Publikum weniger leicht machten.

Zusammen mit der SP Zürich 6 organisierte der Bildungsausschuss am 6. Dezember im «Rigiblick» einen Filmabend. Die meisten der gezeigten Filme waren von den Gewerk-

schaften in Auftrag gegeben worden; heute befinden sie sich in der Sammlung des Schweizerischen Sozialarchivs. An ihnen kann man, auf manchmal amüsante Weise, die Veränderungen ablesen, welche die Gewerkschaften in den letzten sieben Jahrzehnten durchlaufen haben.

Die CD «Alfred Traber, der Trämlergeneral», die am Risotto 2006 bestellt werden konnte, wurde im Sommer als Geschenk des Bildungsausschusses ausgeliefert. Auf der CD ist die Aufnahme einer szenischen Lesung mit Texten dieses bedeutenden Zürcher Politikers – er war von 1919 bis 1922 Stadtrat der SP – zu hören, die im November 2005 stattfand. Der Bildungsausschuss beteiligte sich an den Produktionskosten.



Der «Trämlergeneral» Alfred Traber führt am 1. Mai-Umzug seine Strassenbahner-Gewerkschafter an (nach 1916).

Archiv Liselotte Traber

Finanzen, Mitgliederzahlen und Abstimmungsergebnisse



Foto: Jules Schwarz

Unsere RednerInnen an der 1. Mai-Feier 2006: Regine Aeppli (hier im Bild), Moritz Leuenberger und Markus Notter.

Bilanz der SP Stadt Zürich per 31.12.2006

	2005	2006	Veränderung
Aktiven			
Kasse	295.80	917.20	210.1%
Postcheckkonti	544'385.75	302'636.17	44.4%
Bankkonti	1'339.45	1'345.30	0.4%
Depositenkonti	153'211.90	109'688.15	-28.4%
Kautions Livit	5'057.25	5'079.35	0.4%
Debitoren:			
Sektionen	6'838.00	9'287.00	35.8%
Fraktion	0	0	0.0%
Bildungsausschuss	3'394.25	4'364.50	28.6%
Verrechnungssteuer	3'497.19	-267.53	-107.6%
diverse Debitoren	0	0	0.0%
Transitorische Aktiven	207'957.91	1'394.00	-99.3%
Wertschriften	1.00	1.00	0.0%
Mobilien	1.00	1.00	0.0%
Total Aktiven	925'979.50	434'446.14	-53.1%
Passiven			
Kreditoren:			
Diverse	10'155.05	6'510.30	-35.9%
Sektionen PAB	36'859.70	33'884.00	-8.1%
Kantonalpartei	301'195.95	52'839.95	-82.5%
Rückstellungen:			
Wahlen	440'000.00	120'000.00	-72.7%
Aktionen/GL	96'000.00	173'000.00	80.2%
Personal	15'000.00	20'000.00	33.3%
Rechtshilfefonds	19'217.85	19'217.85	0.0%
Gewinnvortrag	7'550.95	8'994.04	19.1%
Total Passiven	925'979.50	434'446.14	-53.1%

Erfolgsrechnung 2006 der SP Stadt Zürich

	2005	2006	Veränderungen
Aufwand			
Personal	235'440.80	222'122.65	-5.7%
Administration	45'276.51	45'975.50	1.5%
Gremien	14'455.88	10'742.55	-25.7%
Homepage/Internet	2'812.70	1'374.15	-51.1%
Inserate, Drucksachen, Postverteiler	53'091.05	45'206.50	-14.9%
Unterstützung Sektionen 9, 11, 12	28'808.45	18'801.30	-34.7%
1. Mai Fest	17'062.50	3'891.30	-77.2%
Hanfinitiative	10'432.65		
Kinderbetreuung konkret	37'297.90		
Bilaterale II	2'658.05		
Asylgesetz		11'571.95	
AG Stadtentwicklung		6'979.87	
Oeffentliche Veranstaltungen	4'680.30	4'831.95	3.2%
Interne Veranstaltungen	1'623.80	4'718.88	190.6%
Altersveranstaltungen	15'616.85	10'004.45	-35.9%
Beiträge intern/extern	9'824.85	5'000.00	-49.1%
Diverse Kampagnen	2'513.50	1'255.00	-50.1%
Rückstellungen Wahlen	140'000.00	151'854.96	8.5%
Rückstellungen Einbürgerungskampagne	0	77'000.00	
Ausserordentlicher Aufwand	0	0	0.0%
Gewinn	758.31	1'443.09	90.3%
Aktionen 2004			
Total Aufwand	622'354.10	622'774.10	0.1%
Ertrag			
Mitgliederbeiträge	111'178.00	115'678.00	4.0%
Parteiausgleichsbeiträge	488'497.85	482'563.30	-1.2%
Spenden allgemein	935.00	1'200.00	28.3%
Abstimmungsclub	11'618.20	13'986.25	20.4%
Ausserordentliche Erträge	649.00	3'948.45	508.4%
Zinsen	6'916.05	1'023.15	-85.2%
Übrige Erträge	2'560.00	4'374.95	70.9%
Total Ertrag	622'354.10	622'774.10	0.1%

Kommentar zur Jahresrechnung 2006

Von Emy Lalli

Allgemeine Interpretation

Die Jahresrechnung 2006 weist einen Gewinn von 1'443 Franken aus sowie Rückstellungen in der Höhe von 228'855 Franken. Die Stadtpartei wendete im Jahr 2006 insgesamt 22'443 Franken für Kampagnen (inkl. 1. Mai) ausserhalb der budgetierten politischen Aktivitäten auf.

Ein Blick auf einzelne Bilanz- und Erfolgsrechnungspositionen

Im Vergleich zum Jahr 2005 hat sich die Bilanzsumme 2006 um 53.1 % reduziert. Dies hängt hauptsächlich mit der Auflösung der Rückstellung «Wahlen 2006» zusammen. Die Liquidität war im Jahre 2006 zu keiner Zeit ein Problem.

Im Vergleich zum Budget fiel der Aufwand um 4.3% geringer aus. Auf der Einnahmenseite konnten wir Mehreinnahmen von 2.4 % verbuchen. Dies hat mit den leicht gestiegenen Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen und der Zunahme bei den PAB-Beiträgen (im Vergleich zum Budget) zu tun. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die PAB-Beiträge im Jahr 2006 insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht, d.h. um 1.2% rückläufig waren. Dies hat die GL zum Anlass genommen, diesem Trend auf den Grund zu gehen und mit den PAB-säumigen Mitgliedern Kontakt aufzunehmen.

Bemerkung zu den Rückstellungen

Zusätzlich zu den budgetierten 100'000 Franken an Rückstellungen für die Wahlen können 51'855 Franken zurückgestellt werden. Damit wird das Defizit aus der Schlussrechnung «Wahlen 2006» gedeckt, d.h. die

Stadtpartei geht ohne finanzielle Altlasten in Richtung Wahlen 2010. Der ausserordentlich positive Rechnungsabschluss ermöglicht es uns, 77'000 Franken für die Abstimmungskampagne zur Volksinitiative «Mehr Fairness bei der Einbürgerung», die voraussichtlich im November 2007 zur Abstimmung gelangt, zu reservieren.

Kampagnen und 1. Mai

Schwerpunktmässig haben wir unsere Mittel für die eidgenössische Abstimmung zu den Asyl- und Ausländergesetz-Vorlagen eingesetzt.

Erfreulicherweise musste die budgetierte Defizitgarantie von 20'000 Franken für das 1.Mai-Fest nicht ausgeschöpft werden.

Das Defizit des gesamten Anlasses betrug lediglich 3'891 Franken.

Mitgliederzahlen 2001 bis 2006

Sektion	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Delegierte 2006/07 davon fix: 7 pro Sektion
1	93	76	74	70	71	66	9
2	168	167	165	167	163	143	12
3	287	284	302	322	310	314	17
4	162	156	144	151	164	160	12
5	148	167	166	168	171	164	12
6	213	228	238	234	239	238	15
7	207	197	199	201	197	193	13
8	109	100	106	104	104	102	10
9	208	202	200	207	199	191	13
10	246	240	228	246	232	232	15
11	171	176	176	198	187	194	13
12	150	148	144	141	142	126	11
Total	2'162	2'141	2'142	2'209	2'179	2'130	152

Zur Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederzahl der SP Stadt Zürich für den Zeitraum 2001 bis 2006 zeigen eine insgesamt ausgewogene Entwicklung mit kleinen Veränderungen. Rund 45 Prozent der Mitglieder der SP Stadt Zürich sind Frauen.

Zwischen 2003 und 2004 konnte die Stadtpartei auffallend viele Neueintritte verzeichnen (deren 67). Die Eintritte sind grösstenteils eine Reaktion auf die Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat (Dezember 2003). Dies wiederum bestätigt die Theorie,

dass oftmals ausserordentliche Ereignisse ausschlaggebend dafür sind, ob jemand den Schritt in die Partei macht oder nicht.

Die SP Stadt Zürich war im Berichtsjahr mit ca. 220 Genossinnen und Genossen – entweder vollzeitlich oder im Nebenamt – in zahlreichen öffentlichen Ämtern vertreten, sei dies im Stadt- oder Gemeinderat, durch unsere StaatsanwältInnen und BezirksrichterInnen, in der Schulpflege, in der Sozialbehörde, als FriedensrichterInnen oder als Stadtammänner.

Susanne Twerenbold, Parteisekretärin

Abstimmungsergebnisse 2006

21. Mai 2006

	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 27.6%)				
Kredit von 30 Mio. Fr. für die Wohnbauaktion 2005	Ja	Ja	44'486	11'713
Kredit von 60 Mio. Fr. für die Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Ja	Ja	48'467	7'822
Erneuerungswahlen der sieben Kreisschulpflegen und deren Präsidien (2006-2010)	IPK-Liste	IPK-Liste		
Kanton (Stimmbeteiligung 27.4%)				
Gesetz über das Universitätsspital Zürich	Nein	Ja	32'235	23'650
Gesetz über das Kantonsspital Winterthur	Nein	Ja	31'478	23'587
Bund (Stimmbeteiligung 28.1%)				
Bildungsrahmenartikel	Ja	Ja	52'507	7'028

24. September 2006

	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 27.4%)				
Einhausung der Autobahn Schwamendingen (Objektkredit von 39,8 Mio. Fr., Beitrag der Stadt Zürich)	Ja	Ja	79'379	16'388
Privater Gestaltungsplan Stadtraum HB Zürich	Ja	Ja	60'774	32'300
Wahl von 4 Bezirksrichtern und -richterrinnen	Benninger, Pahud, Schurr und Horlacher	Benninger, Pahud, Schurr und Horlacher		
Bund (Stimmbeteiligung 50%)				
VI «Nationalbankgewinne für die AHV»	Ja	Nein	51'027	54'214
Änderung des Asylgesetzes (AsylG)	Nein	Ja	58'129	49'436
Bundesgesetz über die AusländerInnen (AuG)	Nein	Ja	60'416	46'668

Abstimmungsergebnisse 2006/2007

26. November 2006

SP Parolen

Ergebnis

Ja

Nein

Stadt (Stimmbeteiligung 42.3%)

Objektkredit von 29,9 Mio. Fr. für den Neubau des Leutschenparks	Ja	Ja	49'327	36'418
---	----	----	--------	--------

Ersatzwahl Friedensrichteramt Zürich 1 und 2	Sabine Ziegler	Hansruedi Lienhard (FDP)		
---	----------------	-----------------------------	--	--

Kanton (Stimmbeteiligung 43.7%)

VI «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule»	Nein	Nein	31'414	57'807
---	------	------	--------	--------

Bund (Stimmbeteiligung 44.3%)

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Osthilfe)	Ja	Ja	62'006	32'370
---	----	----	--------	--------

Bundesgesetz über die Familienzulagen	Ja	Ja	63'389	30'628
---------------------------------------	----	----	--------	--------

11. März 2007

SP Parolen

Ergebnis

Ja

Nein

Stadt (Stimmbeteiligung 39.6%)

Aufbau und Betrieb eines Breitband- Telekommunikationsnetzes (Glasfaser- netz) durch das EWZ, Rahmenkredit von 200 Mio. Fr.	Ja	Ja	52'484	28'414
--	----	----	--------	--------

Wahl an das Bezirksgericht	Tülin Aladag	Tülin Aladag		
----------------------------	--------------	--------------	--	--

Bund (Stimmbeteiligung 41.9%)

Volksinitiative «für eine soziale Einheitskasse»	Ja	Nein	28'104	61'715
---	----	------	--------	--------

Impressum:

Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich, Schreinerstrasse 43, 8004 Zürich,
Tel. 044 242 82 66, Fax 044 242 82 69, E-Mail spstadtzh@spstadtzh.ch,
Internet: www.spstadtzh.ch

April 2007

Produktion: Susanne Twerenbold

Lektorat: Paul Sprecher

Gestaltung: Raymond Naef

Druck: Buchmann Druck AG Zürich

Nachdruck unter Quellenangabe erwünscht, Einzelexemplare gratis.